

**Vergleich der
Wahlprogramme der Parteien
zur Landtagswahl in Bayern
zu ausgewählten Themengebieten**

**Liberales Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung
Potsdam/Berlin, Juli 2008**

Bearbeitet von Thomas Volkmann

Verwendete Dokumente:

„Liberales Programm zur Landtagswahl 2008“

Beschluss Landesparteitag der FDP Bayern vom 19./20. April 2008

([http://lv.fdp-bayern.de/files/downloads/pdf/Dokumente_Landes-FDP/2008/FDP-LTW-
ProgrAktuell.pdf](http://lv.fdp-bayern.de/files/downloads/pdf/Dokumente_Landes-FDP/2008/FDP-LTW-
ProgrAktuell.pdf))

„Für ein starkes Bayern – Regierungsprogramm 2008 bis 2013“

Beschlossen auf dem Landesparteitag der CSU am 19./20. Juli 2008

(http://www.csu.de/dateien/partei/ltw/programm/080719_regierungsprogramm.pdf)

„Bayern – aber gerechter – Regierungsprogramm der BayernSPD 2008-2013

Beschlossen vom Landesparteitag der BayernSPD am 05. Juli 2008

(http://bayernspd.de/workspace/uploads/standards/Regierungsprogramm_2008-2013.pdf)

„Unser Wahlprogramm 2008“

Beschluss Landesdelegiertenkonferenz Die Grünen Bayern am 06./07. Juni 2008

([http://www.bayern.gruene-
partei.de/cms/default/dokbin/242/242100.landtagswahlprogramm_2008.pdf](http://www.bayern.gruene-
partei.de/cms/default/dokbin/242/242100.landtagswahlprogramm_2008.pdf))

Programm zur Landtagswahl 2008

Beschluss Landesparteitag Die Linke am 26. Juli 2008

(http://www.die-linke-bayern.de/wahlen/landtagswahl_2008/programm)

(Hinweis: Seitenangaben/ Fundstellenangaben nicht möglich, da nur Internetversion verfügbar)

„Zukunft sichern – Die Leitlinien der Freien Wähler“

(http://www.fw-bayern.de/uploads/media/Zukunft_sichern.pdf)

Wahlprogramme der Parteien in Bayern 2008

	CSU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke	Freie Wähler
Wirtschaft / Haushalt und Finanzen	<p><u>Mittelstand:</u> Dynamik weiter fördern; Innovationskraft stärken und Zukunftsinvestitionen fördern; Programm „BayernFIT“ zur Unterstützung bei Forschung und Entwicklung; Mittelstandskreditprogramm zur Verbesserung der Finanzierungssituation; Messebeteiligungsprogramm und Exportgarantien durch LfA ausbauen; KMU stärker mit Auslandsvertretungen und mit Auslandsaktivitäten der großen Unternehmen vernetzen; Förderung der Wahrnehmung neuer Marktchancen des Handwerks durch Schaffung zusätzlicher Ausbildungskapazitäten für Energieberater und Nachrüstung der Bildungszentren für neue Technologien im Energiebereich; Unternehmensgründungen fördern (Wagniskapital-Fonds, FLÜGGE-Programm etc.); Unternehmensnachfolge erleichtern, mittelstandsfreundliche Erbschaftssteuerreform. (S.4 f.)</p>	<p><u>Mittelstand:</u> Sicherstellung flächendeckender Kreditversorgung für KMU und Freiberufler durch ausgewogene Bankenstruktur; gezielte eigenkapitalnahe Förderung in Form von Beteiligungsfinanzierung und Investitionszulagen; größere Entfaltungschancen für KMU durch Verbesserung der Infrastruktur; wirkungsvolle Verknüpfung der Programme KfW mit landeseigenen Programmen; kommunal- und mittelstandsfreudige Gestaltung des Vergaberechts bei öffentlichen Aufträgen; schnelle und unbürokratische Verfahren für Bau und Erweiterung von Betrieben; im Interesse der mittelständischen Wirtschaft keine weitere Privatisierung kommunaler Daseinsvorsorge (S.10); Beratungsstellen für Firmengründer (S.12)</p>	<p><u>Mittelstand:</u> Modernes Mittelstandsförderungsgesetz; Ersetzung Gewerbesteuer durch höheren Anteil der Gemeinden an Umsatzsteuer und Zuschlagsrecht auf Einkommens- und Körperschaftsteuer; Unternehmensteuerreform mit rechtsformunabhängigem einheitlichem Satz 25%; Übertragung der Kompetenz Erbschaftsteuer auf die Länder; Vereinfachung der Vergabeverfahren; Bekämpfung der Schwarzarbeit durch personelle Verstärkung der zuständigen Behörden; Verbesserung der Eigenkapitalbasis durch Eigenkapitalhilfe- und Beteiligungsprogramme; Reform Unfallversicherung (S.6f.)</p> <p><u>Kultur der Selbständigkeit:</u> Stärkung der wirtschaftlichen Bildung in den Schulen; Verbesserung der Existenzgründungs- und Innovationsförderung; Förderung von Betriebsnachfolgen durch verbesserte steuerliche Rahmenbedingungen und Beratungsangebote. (S.7)</p>	<p><u>Mittelstand:</u> Förderung des Mittelstandes (S. 20), größere Übersichtlichkeit und stärkere Konzentration der Wirtschaftsförderung auf KMU; Vergabe öffentlicher Aufträge in kleinen Dosen statt an Generalunter- und übernehmer; Schutz privater, kleiner und mittlerer Unternehmen vor öffentlichen oder mit öffentlichen Geldern massiv geförderten Unternehmen (Subsidiaritätsklausel); Umsetzung des Mittelstandsförderungsgesetzes; Lenkung des Wissenstransfers aus Hochschulen und öffentlichen Forschungseinrichtungen stärker in Richtung KMU (S.22); Reform der Wirtschafts- und Strukturförderung; Herstellung von Transparenz und Evaluierung der Fördermaßnahmen. (S. 22f.)</p>	<p><u>Mittelstand:</u> Sicherung und Ausbau des innovativen Potentials von Existenzgründern und investitionsbereiten Klein- und Mittelbetrieben; zielgerichtete Beratung und Förderung, insbesondere bei der Gründung solidarischer Wirtschaftsformen wie z.B. Genossenschaften; Konzentration von Wirtschaftsförderungsmitteln auf mittelständische Betriebe und Existenzgründer, die tarifliche Standards anwenden und die die Fördermittel zur Sicherung bestehender bzw. Schaffung neuer Arbeitsplätze verwenden; Zusammenarbeit kleiner und mittlerer Unternehmen mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen fördern.</p> <p><u>Haushalt und Finanzen:</u> Schrittweiser Abbau öffentlicher Schulden vor allem durch Eingriffe in die bestehenden Verteilungs- und Vermögensstrukturen; gewinnabhängige Gestaltung des Körperschaftsteuersatzes; Rücknahme der Steuerfreiheit =></p>	<p><u>Mittelstand:</u> Bürokratieabbau – Verlängerung der Meldeintervalle, Einsetzung von Experten, die überflüssige Vorschriften „herausoperieren“; Schaffung von zentralen Anlaufstellen, die bei Vorhaben alles aus einer Hand abwickeln (S.23); Erbrachte Leistungen müssen auch bezahlt werden; (S.13); Ausbildung: Schule und Staat müssen Kontakt zur Wirtschaft suchen und Fehlentwicklungen korrigieren (S.13); Vor Verabschiedung von Gesetzen müssen die Auswirkungen bedacht und die Betroffenen einbezogen werden (S.14); Neuregelung der Erbschaftsteuer und EU-Zulassungen erschweren zunehmend den Betrieb eines Unternehmens (S.14)</p>

Wahlprogramme der Parteien in Bayern 2008

	CSU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke	Freie Wähler
Wirtschaft / Haushalt und Finanzen (Forts.)	<p><u>Haushalt und Finanzen:</u> „Mehr Netto für alle“ – Entlastung von Arbeitnehmern mit kleinem und mittlerem Einkommen, Familien und selbständigen Unternehmern; Wiedereinführung Pendlerpauschale; Anhebung Kindergeld und Kinderfreibetrag; Erhöhung Grundfreibetrag; niedriger Eingangsteuersatz und flacher Verlauf der Steuerprogressionskurve (S.5 f.); Solide Staatsfinanzen - ausgeglichenen Haushalt sichern, auch künftig keine neuen Schulden machen; mit einer hohen Investitionsquote Grundlagen für weiteres Wachstum schaffen und Erhalt der Infrastruktur sichern; Schulden tilgung fortsetzen und Fonds zur Finanzierung künftiger Pensionszahlungen an Beamte weiter aufbauen (S. 19 f.);“Berufsbeamtentum hat in Bayern Zukunft“.</p>	<p><u>Haushalt und Finanzen:</u> Konsolidierung des Haushalts nicht vorrangig über die Ausgabenseite; Finanzierung der notwendigen Ausgaben durch ein gerechtes und solidarisches Steuersystem, Beitrag aller Bürgerinnen und Bürger entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit (S.11); konsequente Anwendung der geltenden Steuergesetze, mehr Steuerfahnder und Betriebsprüfer einstellen; Verlangen eines angemessenen Beitrags zur Finanzierung des Erhalts des Gemeinwesens von Einkommens- und Vermögensmillionären; „verfassungskonforme Besteuerung großer Vermögen, die über ausreichende Freibeträge sicherstellt, dass nur die tatsächlich Reichen die Steuerlast zu tragen haben“, gerechte Erbschaftsbesteuerung; Fahrtkosten zur Arbeit als Werbungskosten absetzbar. (S.12); Landesbank: Ausrichtung auf Mittelstandsförderung; Förderprogramme für Investitionen; Vorfinanzierung kommunaler Investitionen. (S.12)</p>	<p><u>Haushalt und Finanzen:</u> Halbierung der Schulden in den kommenden 5 Jahren; Sanierung des Haushalts grundsätzlich auf der Ausgabenseite; Verwendung von Erlösen aus Privatisierungen überwiegend für Tilgung; Umstellung der Rechnungslegung von Kameralistik zur kaufmännischen Buchhaltung; Neueinstellungen im Beamtenstatus nur noch im engen Hoheitsbereich des öff. Dienstes; Förderung der Eigentumsquote durch Senkung der Grunderwerbssteuer beim Kauf von Wohneigentum in Bayern; Abschaffung von Bagatellsteuern; konsequente Umsetzung des Konnexitätsprinzips zwischen dem Freistaat und den kommunalen Gebietskörperschaften (S.7 f.); Privatisierung der Bayerischen Landesbank; Verhinderung einer Belastung der bayerischen Steuerzahler über die eingetretenen Verluste hinaus; lückenlose Aufklärung der Abläufe und Verantwortlichkeiten im Zusammenhang mit den Milliarden-Verlusten. (S.8)</p>	<p><u>Haushalt und Finanzen:</u> Einnahmen und Ausgaben des Staates müssen ökonomisch sinnvoll (effizienterer Einsatz, regelmäßige Überprüfung auf Effektivität, Überprüfung auf Langzeitfolgen), ökologisch tragfähig (vorsorgende Umweltpolitik, z.B. bei Investitionen für Energieeinsparungen oder Förderprogramme im Tourismusbereich) und sozial gerecht (Erhöhung der Bildungsausgaben, Vorsorge in der Sozialpolitik) sein (S.27); wirkungsvollere Bekämpfung von Steuerhinterziehung und –betrug durch Aufstockung des Personals; Gesetzliche Verankerung eines Ausgleichsmechanismus für stetige Haushaltspolitik ohne steigende Staatsverschuldung (S.28) Steuerentlastung nur für untere bis mittlere Einkommen(S.29); Entfernungspauschale ab erstem km (S.29); Landesbank: Fusion mit anderen Landesbanken notwendig; Konzept für gemeinsame Dachorganisation der Sparkassen vorlegen. (S.23)</p>	<p>für Veräußerungsgewinne von Kapitalgesellschaften, Wiedererhebung der Vermögensteuer und der Börsenumsatzsteuer; Einnahmen aus Vermögensteuer sollen in vollem Umfang den Ländern zustehen; kein Abbau von Schulden durch Kürzung von Leistungen für Menschen mit geringem Einkommen und Mittel für die Sicherung von Arbeitsplätzen; Öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm; Ausbau der Infrastruktur; bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen; Neueinstellungen im Öffentlichen Dienst Öffentliche Unternehmen ausweiten und bereits privatisierte wieder in öffentliches Eigentum zurückführen; keine Privatisierung öffentlichen Eigentums in Bayern; Ablehnung von „Public Private Partnership“ als demokratisch nicht kontrollierbares und stark über- teuertes Modell zur Erfüllung von Aufgaben staatlicher Daseinsvorsorge.</p>	<p><u>Haushalt und Finanzen:</u> Missstände bei Finanzausstattung und Planungssicherheit der Kommunen (jahrelanges Warten auf Zuschüsse und Vorfinanzierung von Aufgaben) müssen grundsätzlich angegangen werden ; Kommunen brauchen dringend mehr Gestaltungsmöglichkeiten in Bezug auf ihre Haushaltsmittel; Förderwesen ändern: mehr Entscheidungsfreiheit für die Kommunen, in welche Projekte sie investieren; Öffentliche Daseinsvorsorge nicht privatisieren (S.7) Nötige Investitionen in der Regionalpolitik nicht länger aufschieben - ausgeglichener Haushalt heute darf nicht zu Schuldenexplosion in einigen Jahren führen. (S.8)</p>

Wahlprogramme der Parteien in Bayern 2008

	CSU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke	Freie Wähler
Bildung / Schule	<p><u>Schule:</u> Begabungsgerecht fördern, hohe Durchlässigkeit gewährleisten: gegliedertes, durchlässiges Schulsystem erhalten; Ganztagsangebot ausbauen (vorrangig bei Grund-, Haupt- und Förderschulen); Klassen verkleinern, zusätzlich mindestens 1000 Lehrer; Attraktivität des Lehrerberufs durch neue Beförderungsmöglichkeiten an Grund-, Haupt- und Realschulen steigern (S.7); Grundschule stärken und wohnortnah halten.(S.8); Hauptschule: neue Zukunft als wichtige Säule des gegliederten Schulsystems; Schaffung von berufsorientierten Wahlmöglichkeiten zwischen einem technischen, wirtschaftlichen und sozialen Profil; kleinere Klassen, Ganztagsangebot; noch engere Zusammenarbeit mit Wirtschaft und Arbeitsverwaltung; Möglichkeit zum Erwerb der Mittleren Reife und Anschluss zum Abitur (S. 8 f.) Besser fördern, altersgerecht fordern am Gymnasium: gekürzter und gestraffter Lehrplan (S.9);</p>	<p><u>Bildungsinvestitionen:</u> Einstieg in eine bedarfsgerechte und nachhaltige Bildungsfinanzierung: strukturelle Erhöhung des Bildungshaushalts um eine Milliarde Euro (S.21); <u>Frühkindliche Bildung:</u> Zuständigkeit für Kindertagesstätten in Kultusministerium übertragen; Einführung Rechtsanspruch auf Kindergartenplatz; grundsätzliche Kostenfreiheit der Kinderbetreuung in Kindertagesstätten; Mittel für qualifiziertes Personal bereitstellen; Gruppengrößen im Verhältnis 1 Fachkraft zu 7 Kindern (S. 21); <u>Schule:</u> „Keine Klasse über 25 Schüler“ bzw. zwei Lehrer in größeren Klassen; stärkere Akzentuierung der Lehrerausbildung auf Erziehungswissenschaften, Pädagogik und Didaktik; Einstellung einer ausreichenden Zahl von Schulsozialpädagogen, Schulpsychologen und Erzieher/innen; Unterstützung für Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf (S.21 f.)</p>	<p><u>Bildungsinvestitionen:</u> Erhöhung der Mittel für Bildung im Haushalt 08/08; umfassendes Investitionsprogramm zum Ausbau von Ganztagschulen (S.9) <u>Regionale Schulentwicklung:</u> wohnortnahes Schulangebot in Landkreisen und kreisfreien Städten; Möglichkeit zur Einrichtung von Gymnasien mit Sonderzügen für Hochbegabte ab Jahrgangsstufe 5; fairer Wettbewerb zwischen Schulen in staatlicher, kommunaler und freier Trägerschaft: Wahl der Schule unabhängig vom Wohnort (S.9); <u>Schule in eigener Verantwortung:</u> Entscheidung über pädagogisches Profil und personelle und finanzielle Ressourcen; Lehrer als Angestellte der Schule, Bestellung der Schulleiter auf Zeit (S.10); <u>Chancengerechtigkeit am Start:</u> Kindertagesstätten als Bildungseinrichtungen in Zuständigkeit des Kultusministeriums; bedarfsdeckendes Angebot an Kinderkrippen; Rechtsanspruch auf Krippenplatz; (.=>)</p>	<p><u>Bildungsinvestitionen:</u> Erhöhung der Bildungsausgaben von der Kinderbetreuung in der Krippe bis zum Hochschulstudium (S.27); <u>Vorschulische Bildung:</u> Flächendeckende Verfügbarkeit ganztägiger Kinderbetreuung; verträgliche Gruppengrößen; angemessener Personalschlüssel; Einführung eines Qualitätsmanagements; Ausbildung von Frühpädagoginnen und –pädagogen an Fachhochschulen oder Universitäten (S.32); Allgemeiner Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung in Kinderkrippen zwischen vollendetem ersten und drittem Lebensjahr, langfristig nicht an Bedingungen geknüpft (S.33); Kindergarten: Gruppen mit maximal 15 Kindern, wesentlich bessere Ausstattung mit hoch qualifiziertem und angemessen bezahltem Personal, Beitragsfreiheit für das erste Jahr, enge Verzahnung mit der Grundschule, flächendeckende integrative Angebote (S.33) =></p>	<p><u>Bildungsinvestitionen:</u> Ablehnung von Gebühren von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule. Ausbau von Privatschulen darf nicht zu Lasten des öffentlichen Bildungssystems gehen; keine Privatisierung von Bildungseinrichtungen; Zugang zu und Nutzung von Bildungseinrichtungen gebührenfrei halten; Studiengebühren, Büchergeld und Privatisierung weiterer Zusatzkosten für Eltern, Schüler und Studierende verhindern bzw. abschaffen; Trennung von Staat und Kirche auch in den Schulen; Überbelastungen abbauen bei Gruppen-/Klassenstärken und Personal; <u>Gemeinschaftsschule:</u> zehnjährige gemeinsame Schule für alle; keine frühzeitige Auslese der Kinder; mit Förderung bei Lern- und Sozialproblemen Wiederholen von Jahrgangsstufen unnötig machen; Erweiterung von Ganztagsangeboten mit mehr Lehrkräften; keine Klassen mit mehr als 25 Schülern; Reduzierung des Frontalunterrichts zugunsten =></p>	<p><u>Kleinkinderbetreuung:</u> Ausbau des Tagesmuttersystems; Kinderkrippe in kleinen Gruppen (S.16) <u>Kindergarten:</u> möglichst individuelle Betreuung, insbesondere bei Kindern mit Entwicklungsdefiziten und Migrationshintergrund; bessere Abstimmung von Kindergarten und Grundschule; Zuständigkeitsverlagerung auf Kultusministerium (S.16); <u>Schule:</u> Kernelement ist möglichst individuelle Betreuung der Schüler - Schulform ist zweitrangig (S.17); Grundschule: Ausdehnung der gemeinsamen Grundschulzeit auf fünf Jahre; Klassengröße 20, höchstens 25; mehr Mitsprache und Entscheidungsspielraum bei Schule, Eltern und Kommunen; Bewertung und Benotung müssen sein, dürfen aber „nicht bereits in der Grundschule eine so Existenz entscheidende Bedeutung einnehmen“ – kleinere Klassen, mehr Lehrer, vernünftiges Unterrichtsklima (S.18); =></p>

Wahlprogramme der Parteien in Bayern 2008

	CSU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke	Freie Wähler
Bildung / Schule (Forts.)	<p>Werteerziehung fördern: Pflichtfach Religion, kulturelle Heimat und klare ethische Maßstäbe (S.8); Förderung benachteiligter Jugendlicher: 350 zusätzliche Stellen in der Jugendsozialarbeit (S.9); Begabte Schüler früher erkennen und noch besser fördern (S.10); <u>Selbständigkeit der Schulen</u> erweitern: eigenverantwortliche Gestaltungsmöglichkeiten der Schulen in Verbindung mit intensiverer Evaluierung erweitern (S. 10); <u>Berufliche Bildung</u> stärken: flächendeckende Einführung von Beruflicher Oberschule und 13. Jahrgangsstufe der Fachoberschule, Hochschulzugang für Meister, Techniker und Absolventen mit gleichwertigen Abschlüssen. (S.10)</p>	<p>Rechtsanspruch auf Platz in einer gebundenen <u>Ganztagsschule</u> für jedes Kind; flächendeckender Ausbau des Angebots in allen Schularten; Sonderinvestitionsprogramm; Bereitstellung ausreichender Ressourcen im Staatshaushalt (S.22); <u>Möglichst lange gemeinsame Schulzeit</u>: Abschaffung des Übertrittszeugnisses – Entscheidung über Wahl der Schulart nach der Grundschule bei Eltern, Kindern und Jugendlichen; mittelfristige Überwindung des dreigliedrigen Schulsystems zugunsten integrierter Schulformen; Erhalt wohnortnaher Schulen; Erweiterung des organisatorischen und pädagogischen Spielraums der Schulen (S22 f.); Berufliche Bildung: Ausbildungsbonus zur Sicherung einer Ausbildungsgarantie; finanzielle Unterstützung der Ausbilder; Reform der Weiterbildung; Rechtsanspruch auf Bildungsurlaub; Stärkung des lebenslangen Lernens (S.23 f.)</p>	<p>Verbesserung der Aus- und Fortbildung der Erzieherinnen und Erzieher; frühzeitige Tests zu Lese-, Rechtschreib- und Rechenschwäche und Sprachverständnis (S.10) <u>Längere gemeinsame Schulzeit</u>: sechsjährige Primarschule mit Möglichkeit für besonders begabte Schüler zum Übergang nach vier Jahren; individuelle Förderung; Möglichkeit Fremdsprache ab 1. Klasse (S. 11) <u>Achtjähriges Gymnasium</u>: „G8“ als gebundene Ganztagsschule; Neuausrichtung der Lerninhalte nach bundesweiten Bildungsstandards; mehr Lehrer und Schulsozialarbeiter; verstärkter Einsatz neuer Medien (S.11); Reform der Lehrerbildung (S.11 f.); <u>Berufliche Bildung</u>: Rechtzeitig starke Berufsorientierung in allen Schulen; „Exzellenzinitiative“; Verzahnung von Aus-, Weiter- und Hochschulbildung (S.12)</p>	<p><u>Schule</u>: Keine Klasse mehr als 25 Schüler; bessere individuelle Förderung durch zusätzliches Personal; ausreichende Versorgung mit Schulsozialarbeit und SchulpsychologInnen (S.35); Abschaffung des Sitzenbleibens; keine frühe Aufteilung auf unterschiedliche Schularten (S.35); Reform der LehrerInnen-ausbildung: stärkerer Praxisbezug, größere erziehungswissenschaftliche, pädagogische und didaktische Anteile (S.35); Eigenverantwortliche Schulen: Hoheit über Personal und Budget (S.35); Aufhebung der Trennung zwischen Gymnasium, Real- und Hauptschule, stattdessen neunjährige gemeinsame Schulzeit („bestmögliche Förderung statt brutalstmöglicher Auslese“) (S.36); Berufliche Bildung: mehr Investitionen und Reformen im Bildungswesen, Rahmenbedingungen für KMU zu vermehrter Ausbildung. (S.37)</p>	<p>beteiligungsorientierter und solidarischer Unterrichtsmethoden; Mitbestimmungsrechte für verfasste Vertretungen bei Schulverwaltungen und Lehrplanerstellungen; vollständige Lehr- und Lernmittelfreiheit sowie ausreichende Ausstattung der Schulen <u>Berufliche Bildung</u>: Ausbildungsabgabe für Unternehmen mit über zehn Mitarbeitern, die nicht mindestens 12% ihrer Arbeitsplätze als qualifizierte Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen; Beendigung der Ausbeutung Auszubildender als billige Arbeitskräfte und Ausbildungsvergütung, von der Auszubildende „gut leben können“; Erreichen eines Verhältnisses 1 Ausbilder : 8 Auszubildende; zeitgemäße und qualitativ hochwertige Ausstattung der Berufsschulen; Erhöhung der Stellenzahl von Lehrerinnen und Lehrern; Kontrolle von und Mitbestimmung bei der Ausbildung durch die Auszubildendenvertretungen und ihre Gewerkschaften.</p>	<p>Hauptschule: mehr Mitsprache für Schule, Eltern und Kommunen; Hauptschule muss noch mehr auf Berufsvorbereitung ausgerichtet werden; Unterricht muss praxisorientierter gestaltet werden; Hauptschulen benötigen mehr Lehrpersonal (S.19); Realschule: Absenkung der übergroßen Klassenstärken; mehr Praxis in die Schulen bringen durch Hinzuziehung praxisorientierten Lehrpersonals; Zulassung von FH-Absolventen zumindest für Haupt- und Realschulen (S.19f.); Gymnasium: Ablehnung des überstürzt eingeführten G8; Einbau von mehr Praxisbezug; Reform des Unterrichtsstoffes G8, um den Blick für Zusammenhänge öffnen zu können; mehr fächerübergreifender Unterricht; mehr Lehrpersonal (S.20); Berufliche Bildung: Aufwertung durch beste Unterrichtsbedingungen erreichen; Mängel in Bausubstanz bei Berufsschulen beheben (S.21)</p>

Wahlprogramme der Parteien in Bayern 2008

	CSU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke	Freie Wähler
Bildung / Hochschule	<p><u>Hochschulausbildung:</u> Schaffung von 38.000 zusätzlichen Studienplätzen; Einrichtung von 3.000 zusätzlichen Stellen für Professoren und Hochschulpersonal; Einsatz von 235 Mio. Euro für Erweiterung und Modernisierung von Räumen für Lehre und Forschung (S.11); Planungssicherheit und Erweiterung der Spielräume für Innovationen für die Hochschulen durch „Innovationsbündnis 2013“ (S.11); Bessere Besoldung von Professoren und neue Programme zur Förderung von Nachwuchswissenschaftlern und zur Gewinnung und Rückgewinnung von Spitzenwissenschaftlern aus dem Ausland (S.11); Verbesserung der Integration und Förderung von Frauen an den Hochschulen (S.11); Gezielte Förderung von Leistungs- und Verantwortungseliten. (S.11)</p>	<p><u>Hochschulausbildung:</u> Chancengleicher Zugang zum Hochschulstudium ohne soziale oder wirtschaftliche Barrieren (S.25); Abschaffung der Studienbeiträge (S.25); Angemessene Ausstattung der Hochschulen, Verbesserung der Studienbedingungen (S.25); Verbesserung der sozialen Lage der Studierenden durch Reform der Ausbildungsfinanzierung (S.25); Ablehnung der privatisierten und marktwirtschaftlich ausgerichteten Hochschule (S.25); Hochschulen sollen mit ihrem eigenen Profil, ihren eigenen Schwerpunkten und ihren besonderen Leistungen um Studierende und akademisches Personal werben können (S.25); Integrierung von Ausländern und Ausländerinnen und volle Aufnahme von behinderten Menschen in den Studien-, Lehr- und Forschungsbetrieb. (S.25)</p>	<p><u>Hochschulautonomie:</u> Freiheit für die Hochschulen, sich selbst zu organisieren, Studieninhalte und Studienschwerpunkte selbst zu bestimmen, wissenschaftliches Personal selbst zu berufen, Finanzverfassung und Liegenschaftsverwaltung selbst zu bestimmen und Studierende selbst auszuwählen (S.30) <u>Hochschulausbau:</u> u.a. deutlich höhere Investitionen (Hochschulentwicklungsprogramm 2020); Verdoppelung der zusätzlichen Studienkapazitäten; Sofortmaßnahmen zur Gewinnung zusätzlicher Dozenten; Steigerung der Qualität der Studienbedingungen; finanzielle Planungssicherheit bis 2020; Neugründung von Fachhochschulen auch zur Stärkung ländlicher Regionen (S.31) <u>Hochschul- und Grundlagenforschung:</u> mehr Wettbewerb und Eigenverantwortung der Hochschulen (S.31) Nachgelagerte Studienbeiträge zur Verbesserung der Lehre, nicht als Ersatz für staatliche Grundfinanzierung (S.32)</p>	<p><u>Hochschulausbau:</u> Deutlicher und nachhaltiger Ausbau der Hochschulen; mit einem langfristig angelegten Hochschulausbauprogramm die Schwerpunkte im Staatshaushalt klar zugunsten der Hochschulen verschieben (S.39) <u>Hochschulausbildung:</u> Hochschulen müssen sich weiter öffnen für Menschen aus Ausbildungsberufen mit Berufserfahrung mit oder ohne Abitur (S.25); Gender Mainstreaming als durchgängiges Prinzip in der Hochschulwelt verwirklichen (S.39), Verbesserung der Gleichstellung von Frauen und Förderung des weiblichen wissenschaftlichen Nachwuchses durch Einführung der Quote (S.40); Abschaffung von Studiengebühren und Verwaltungsbeitrag (S.39); Stärkung der demokratischen Strukturen an den Hochschulen und Wiedereinführung der verfassten Studierendenschaft. (S.40)</p>	<p>Hochschule: Betrieb von Hochschulen in öffentlicher Verantwortung – keine „schleichende Privatisierung“; Hochschulzugang grundsätzlich ohne vorherige soziale Auslese und ohne Studiengebühren; Rücknahme von Bachelor- und Masterstudiengängen; Ausbau der Studiengänge der Geistes- und Gesellschaftswissenschaften als Grundlage für eine demokratische Zivilgesellschaft; keine staatlich bezahlte Ausbildung von Geistlichen; elternunabhängiges BA-FÖG für Schüler, Auszubildende und Studierende; Öffnung der Hochschulen auch für Menschen ohne Abitur; Wiedereinführung der verfassten Studierendenschaft mit Finanzhoheit unter Einschluss eines politischen Mandats; Beendigung des Zwangs zur Einwerbung von Drittmitteln, Wiederherstellung der akademischen Selbstverwaltung.</p>	<p><u>Hochschulausbildung:</u> Für ein kostenloses Erststudium (S.21); Sicherstellung, dass bei privatwirtschaftlicher Finanzierung die Unabhängigkeit der Hochschulen nicht aufgegeben wird (S.21); Schaffung zusätzlicher Studienplätze auch als Konjunkturprogramm für die jeweilige Region (S.21); Bevorzugung strukturschwacher Regionen beim Auf- oder Ausbau von Hochschulen. (S.21)</p>

Wahlprogramme der Parteien in Bayern 2008

	CSU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke	Freie Wähler
Innere Sicherheit / Rechtsstaat	<p><u>Innere Sicherheit:</u> <u>Moderne Polizei unterstützen</u> - Polizeiorganisationsreform – Einführung des digitalen Sprech- und Datenfunksystems (S.16); <u>Effektive Instrumente für Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden</u> – wirksamer Schutz der Bürger durch Regelungen zur Online-Durchsuchung oder Videoüberwachung (S.16); <u>Konsequent gegen zunehmende Jugendgewalt und Verwahrlosung</u> - Opferschutz vor Täterschutz; präventives Eingreifen vor aufwendigen Resozialisierungsmaßnahmen; bessere Vernetzung von Polizei, Justiz, Schulen, Eltern, und Jugendämtern; spezialisierte Staatsanwälte für jugendliche Intensivtäter; Warnschussarrest, Fahrverbot, Verbot von Killerspielen (S. 16) <u>Ausweisung ausländischer Straftäter</u> erleichtern (S.17)</p>	<p><u>Innere Sicherheit:</u> Jede Freiheitsbeschränkung ist streng auf Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit zu prüfen, jede Sicherheitsmaßnahme auf Wahrung des Gleichgewichts von Staatsmacht und Bürger (S. 40); Schutz des Rechts der Bürgerinnen und Bürger, nicht ohne jeden Anlass unter Verdacht genommen zu werden (S.40); <u>Gegen</u> Entwicklung zu z.B. Schleierfahndung, Videoüberwachung, Autokennzeichen-Scanning, Überwachung von Wohnräumen und Telekommunikation, Online-Durchsuchung (S.40); Innen- und Sicherheitspolitik als Querschnittspolitik aus Friedens-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, Steuerpolitik, Bürgerschaftlicher Politik, Zivilpolitik, Bildungs- und Sozialpolitik (S. 40 f.) <u>Bürgernahe Polizei</u> für sicheres Bayern: gegen Polizeireform, für Erhalt der kleineren Polizeidirektionen und Polizeiinspektionen auf dem flachen Land; =></p>	<p><u>Innere Sicherheit:</u> u.a. keine Privatisierung der öffentlichen Sicherheit zugunsten privater Sicherheitsdienste o.ä.; Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien bei der Terrorismusbekämpfung und klares Verbot jeglicher Folter; Videoüberwachung nur an bestimmten öffentlichen Gefährdungsräumen; keine heimliche Online-Untersuchung privater PCs; Begrenzung der Telefonüberwachung auf das absolut Notwendige; Verzicht auf Anwendung des Großen Lauschangriffs in Bayern; Stopp der generellen KFZ-Abgleichung in Bayern; Rücknahme des neuen bayerischen Versammlungsrechts; Einführung des Digitalfunks der Polizei (S.17) <u>Effektiver Rechtsschutz:</u> u.a. Reform des Gerichtsvollzieherwesens; verbesserte Personalausstattung der Justiz, zukunftsfähige und transparente Personalplanung und mehr Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für Richter; mehr Fachpersonal zur wirksamen Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität;</p>	<p><u>Innere Sicherheit:</u> Schleierfahndung, Telekommunikations- und Videoüberwachung auf das notwendige Minimum reduzieren; Trennung zwischen Polizei und Geheimdiensten wiederherstellen; effektive und umfassende demokratische und parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes; kein Einsatz der Bundeswehr im Inland (S. 61 f.) <u>Bürgernahe Polizei</u> mit besserer Personalausstattung, angemessener Bezahlung, besserem direktem Kontakt zur Bevölkerung, mehr Präsenz und besserer Erreichbarkeit vor ort (S.62) Mehr interkulturelle Kompetenz der Sicherheitsbehörden (S.62) Einführung kommunaler Kriminalitätspräventionsräte (S.62) <u>Datenschutz:</u> Ablehnung der elektronischen Gesundheitskarte (S.62), Kritik an zunehmender Überwachung des öffentlichen Raums („google-earth“) (S.63), Ablehnung von Lauschangriff, Onlinedurchsuchung, Videoüberwachung, Erfassung von Autokenn- =></p>	<p><u>Innere Sicherheit:</u> Beschränkung polizeilicher Maßnahmen wie das befristete Einsperren ohne Urteil, Platzverweis und Aufenthaltsverbot; Verbot von Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen; Abschaffung der Rasterfahndung; Auflösung der Verfassungsschutzbehörde und scharfe Trennung von Polizei und Geheimdiensten; verstärkte Nutzung von Beratungs- und Hilfsangeboten der Sozialarbeit; Einrichtung eines Menschenrechtsausschusses im bayerischen Landtag; an den Landtag angebundene unabhängige Beschwerdestelle, Einrichtung lokaler Anlaufstellen durch die Beschwerdestelle; bessere Ausbildung der Polizei, vor allem in Bezug auf das Deeskalationsverhalten; Kennzeichnungspflicht von Polizistinnen und Polizisten auf Demonstrationen; sofortige Auflösung der polizeilichen Sondereinheit USK (Unterstützungskommando).</p>	<p>Polizeireform hat das Ziel verfehlt – aber Bedeutung einer funktionierenden Polizei nimmt in Zeiten steigender Gewaltbereitschaft weiter zu; Personaldecke der Polizei ist zu dünn; Beförderungsstau muss aufgelöst werden (S. 15); Kameradschaft und Betriebsklima dürfen durch übertriebene Beurteilungsmodelle nicht vergiftet werden. (S.15)</p> <p><i>(ansonsten keine weiteren Ausführungen)</i></p>

Wahlprogramme der Parteien in Bayern 2008

	CSU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke	Freie Wähler
Innere Sicherheit / Rechtstaat (Forts.)	<p>Schutz bei Not- und Unglücksfällen: effektives und gut ausgerüstetes Hilfeleistungssystem aus Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz (S.17)</p>	<p>für stärkere Präsenz der Polizei auf den Straßen und weniger Bürokratieaufwand (S. 42)</p>	<p>Stärkung der außergerichtlichen Streitbeilegung (S.18) <u>Strafvollzug</u>: Weiterentwicklung vom Behandlungsvollzug zum Chancenvollzug, der den Einsatz knapper Ressourcen auf mitwirkungsbereite Strafgefangene konzentriert; ausreichendes Personal und ständige Schulung und Qualifizierung der JVA-Bediensteten (S.18) <u>Kinder- und Jugendkriminalität</u>: regionale Netzwerke von Jugendhilfe, Schulen, Handwerksorganisationen, Industrie und Arbeitsverwaltung; Ausbau der Konfliktlotsenmodelle; gezielte Verbesserung der personellen Ausstattung Polizei und Staatsanwaltschaften (S.19) <u>Stärkung von Opferrechten</u> durch engagierte Umsetzung der Gesetze (S.19)</p>	<p>zeichen, Überwachung am Arbeitsplatz oder Ausspähung von Konsumentendaten (S.63)</p>	<p><u>Datenschutz</u>: Datenschutz zu einem Staatsziel in der Landesverfassung erheben; Einrichtung eines von der Regierung unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz; Ausweitung des Datenschutzgesetzes auf alle Bereiche der öffentlichen Verwaltung; Sammlung von persönlichen Kommunikationsdaten jeder Art durch Polizei und Behörden grundsätzlich nur in Einzelfällen und aufgrund eines richterlichen Beschlusses; Einführung des Anspruches aller Bürgerinnen und Bürger auf kostenlose Auskunft, Korrektur und gegebenenfalls Löschung von Daten in zentralen Datenbanken; deutliche personelle und finanzielle Aufwertung der/des Datenschutzbeauftragten und ihrer/seiner Arbeitsmöglichkeiten; Löschung aller über den gesetzlichen Rahmen hinausgehenden, über ein Jahr alten Daten von Schülerinnen und Schülern.</p>	

Wahlprogramme der Parteien in Bayern 2008

	CSU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke	Freie Wähler
Energie / Klimaschutz / Umwelt	<p><u>Energiepolitik:</u> Sichere, klimaverträgliche und für Bürger wie Unternehmen bezahlbare Energieversorgung fördern (S.3); Energieproduktivität um 30% steigern; Anteil erneuerbare Energien auf 20% verdoppeln; Anteil Biomasse auf 8% steigern; 150 Mio Euro für energetische Sanierung staatlicher Gebäude; KWK ausbauen; Energieforschung fördern; Energieversorgung bezahlbar und sicher gestalten: Verlängerung Laufzeit KKW; Gewinne aus Laufzeitverlängerung für Forschung und Entwicklung und erneuerbare Energien verwenden (S.18 f.)</p> <p><u>Klimaschutz:</u> Förderung des Waldumbaus; Schutzmaßnahmen im Bergwald (S.19)</p> <p><u>Artenvielfalt</u> und natürliche Lebensräume erhalten: Vertragsnaturschutz; Vervollständigung von Biotopnetzen, Renaturierungen und Verminderung des Flächenverbrauchs (S.19)</p>	<p><u>Energiepolitik:</u> Energiesparen: Wärmesanieung älterer Gebäude; Förderung von Energieberatung, weitergehende Kennzeichnungspflicht für Energieverbrauch (S.13); Höhere Energieeffizienz: Förderung der KWK, Nutzungsänderungen bei Strom und Treibstoff verbrauchenden Geräten, Maschinen und Verkehrsmitteln (S.13 f.); Erneuerbare Energien: Förderung von Photovoltaik, Solarthermie, Tiefen- und Oberflächengeothermie, Windkraft, Wsserkraft, Biomasse und Biogas, schrittweise Stilllegung von Kohlekraftwerken, Festhalten am Atomausstieg (S.14)</p> <p><u>Klimaschutz:</u> Minderung der CO2-Emissionen um 40%, Verdreifachung des Beitrags erneuerbarer Energien bis 2020; Vorlage jährlicher Klimabericht (S.13); stabile Wälder (S.17)</p> <p><u>Abfall:</u> ökologische Stoffwirtschaft; „Vermeidung vor Verwertung vor ökologisch sicherer Ablagerung“ (S.15)</p>	<p><u>Energiepolitik:</u> u.a. Weiterentwicklung des EEG; Förderung dezentraler Energieerzeugungsstrukturen (Kraft-Wärme-Kopplung); bessere Abstimmung europäischer und nationaler Regelungen zum Klimaschutz (Emissionshandel, Ökosteuer, EEG); Verlängerung der Laufzeiten KKW, dabei Weitergabe der wirtschaftlichen Vorteile an die Verbraucher; (S. 23)</p> <p><u>Klimaschutz:</u> Erleichterungen für Solarkollektoren auf Hausdächern; Klimaschutzanstrengungen verstärkt im Alpenraum; Entwicklung alternativer Tourismuskonzepte; keine Subvention von Schneekanonen (S. 24)</p> <p><u>Erhalt der Biodiversität:</u> Wälder besonders schützen; Zerschneidung der Landschaftsräume stoppen (S.24)</p> <p><u>Wasser und Boden:</u> kein Donauausbau; Durchgängigkeit von Oberflächengewässern verbessern; dezentrale Kleinkläranlagen mit Großanlagen gleichstellen (S.25)</p>	<p><u>Energiepolitik:</u> Energiesparen: Entwicklung alternativer Antriebe und spritsparender Fahrzeuge; schrittweise Einführung des Plusenergiehaus-Standards, wirksame Kontrolle der Einhaltung der Energieeinsparverordnung; Änderung der BayBauO; Umsetzung der energetischen Sanierung staatlicher Gebäude bis 2015; Förderprogramm für Energieeffizienz und Endenergieverbrauch; Aufbau Netz von Energieberatungsstellen (S.4f.); 100%ige Versorgung Bayerns mit erneuerbarer Energie; Ausstieg aus Kernenergie (S.6); Biomasse wichtiger Baustein; Vorrang KWK (S.8)</p> <p><u>Klimaschutz:</u> Treibhausgase 80% bis 2050 einsparen (S.4)</p> <p><u>Abfall:</u> Vorrang für Vermeidung; Verwertung statt Verbrennung; deutlich höheres Pflichtpfand für Einweggetränke (S. 12) Artenschwund verhindern; Ökologische Waldbewirtschaftung, weitere Gewässerschutzinitiative (S. 14 f.)</p>	<p><u>Energiepolitik:</u> Beschleuniger und konsequenter Ausstieg aus der Atomenergienutzung; Bei Halbierung des Verbrauchs Deckung des Energiebedarfs mit erneuerbaren Energien; Einsparung von Energie in der Erzeugung und Anwendung durch intelligente Erzeugung, Verbrauchsvermeidung und steigende Energieeffizienz von Maschinen und Geräten; Einführung intelligenter Stromzähler, Förderung von Speichertechnologien und dezentraler Netzstrukturen; Verbesserung und Modernisierung der Raumheizung und Warmwasserbereitstellung sowie der Wärmedämmung nicht nur bei Neubauten, sondern auch im Gebäudebestand; Ausschöpfung der Potenziale der Windkraft, Photovoltaik, Sonnen- und Erdwärme, der Biomasse und der Kraft- Wärme- Kopplung</p> <p>Abfall: Gesamtkonzept zur Müllvermeidung; Vorrang für mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlagen.</p>	<p><u>Energiepolitik:</u> Entwicklung „Vom Landwirt zum Energiewirt“ grundsätzlich zu begrüßen; Besteuerung der Biokraftstoffe soll rückgängig gemacht werden (S.8 f.); Möglichkeiten der Energiegewinnung aus Holz sind noch nicht ausgeschöpft (S.10)</p> <p><u>Klimaschutz:</u> Ausbau des Binnentourismus (S.9)</p> <p><i>(ansonsten keine weiteren Ausführungen)</i></p>

Wahlprogramme der Parteien in Bayern 2008

	CSU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke	Freie Wähler
Ländlicher Raum	<p><u>Infrastruktur:</u> Ziel gleichwertiger Lebensbedingungen in ganz Bayern; hohe Qualität und gute Erreichbarkeit von Einrichtungen und Leistungen für das tägliche Leben der Menschen; Arbeitsplätze im ländlichen Raum schaffen (S.21 f.);</p> <p><u>Tourismus:</u> zusätzliche finanzielle Mittel für Weiterentwicklung des Tourismusmarketings und Verbesserung von Hotellerieangebot und Servicequalität; Abbau von Wettbewerbsverzerrungen; Bayern als herausragender Sport-Veranstaltungsort (S.22 f.);</p> <p><u>Landwirtschaft:</u> Erhalt der Milchquote; angemessene Honorierung der Gemeinwohlleistung; Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit durch Aus- und Fortbildung und einzelbetriebliche Investitionsförderung; Ernährungssicherheit gewährleisten, Potential nachwachsender Rohstoffe nutzen („Teller vor Tank“); Entscheidung der Länder über Einsatz Grüner Gentechnik; Förderung naturnaher Forstwirtschaft (S.24 f.).</p>	<p><u>Infrastruktur:</u> Weiterentwicklung des Landwirtschaftsministeriums zum Ministerium für ländliche Entwicklung; (S.16);</p> <p>Ziel: gute Bildungsmöglichkeiten für Kinder, angemessene Weiterbildungsmöglichkeiten für Erwachsene, ausreichende und erreichbare Gesundheitsversorgung, Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs; zeitgemäßer und schneller zu Informationen via Internet (S.16) ; bessere Ausstattung der Programme Kulturlandschaftsprogramm, Dorferneuerung und Vertragsnaturschutz (S.16);</p> <p><u>Landwirtschaft:</u> Schaffung stabiler Rahmenbedingungen für die bayerischen Landwirte, Milchmengenregelung beibehalten (S.16); für stärkere Regionalisierung im Lebensmittelsektor (S.16); Kontrollsystem zur Qualitätssicherung stärken, ausbauen und neu ordnen (S.17); Ablehnung der Grünen Gentechnik, Möglichkeit zur Ausrufung „gentechnikanbaufreier Regionen“ (S.17).</p>	<p><u>Infrastruktur:</u> Entwicklung des ländl. Raums in seiner Gesamtheit stärken; Instrumente der Regional- und Landesplanung nutzen, um Grundversorgung sicherzustellen; Förderprogramme zielorientiert zusammenfassen und reduzieren; ausreichendes Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln; Breitband-schere zwischen ländlichen Raum und Ballungsräumen schließen (S. 25f.)</p> <p><u>Tourismus:</u> Konzept für Bayern entwickeln und umsetzen</p> <p><u>Landwirtschaft:</u> Abschaffung des Milchquotensystems bis spätestens 2014/15; Abschaffung der Erntehelferregelung; schnellere Bearbeitung und weniger Anlaufstellen bei Genehmigungsverfahren; bei Grünen Gentechnik neben Chancen auch Risiken für kleinteilige bayerische Landwirtschaft beachten; durchgreifender Abbau von Bürokratie; 1:1-Umsetzung von EU-Richtlinien (S.26).</p>	<p><u>Infrastruktur:</u> Ökologische Innovationen, Investitionen in Bildung, Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, Frauenförderung, Kinderfreundlichkeit, Kultur als Mittel der Strukturpolitik (S.45); Selbsterneuerungskraft der Regionen: Verlagerung von Mitteln und Kompetenzen auf die Regionen, bei erneuerbaren Energien und Bildungsinfrastruktur (S.46)</p> <p><u>Landwirtschaft:</u> Öko-Landbau fördern (S.15); Verlangsamung des Strukturwandels u.a. durch gezielte Förderpolitik; Entwicklung regionaler Wertschöpfungsketten; (S.16); finanzielle Aufstockung des Kulturlandschaftsprogramms; Beibehaltung und Weiterentwicklung der Milchquote; Einführung einer Weideprämie; Verbot von Legebatterien; finanzielle Unterstützung der Umstellung auf ökologische Bewirtschaftung; Ablehnung der Agro-Gentechnik; Besserer Verbraucherschutz, konsequenter Tierschutz. (S. 16 ff.)</p>	<p><u>Infrastruktur:</u> Stärkung des ländlichen Raumes, Öffentliche bzw. genossenschaftliche Formen zum Betrieb von z. B. Einkaufsläden im Dorf, Breitbandnetzen, Dorfbussen usw.</p> <p><u>Landwirtschaft:</u> Umbau der Förderung land- und forstwirtschaftlicher Betriebe hin zu umweltverträglicheren Produktionsformen; Stärkung und Ausbau der landchaftspflegerischen Aktivitäten nach den örtlichen Gegebenheiten</p> <p>Stärkung des ökologisch orientierten Landbaus; verstärkte regionale Vermarktung von Agrarprodukten; sofortige Umsetzung der EU-Richtlinie zur Einführung der Transparenz über die ausgezahlten Fördermittel in der Landwirtschaft; Eingliederung der bisher selbständigen Sozialversicherung für Landwirte in die gesetzliche Sozialversicherung; Verhinderung des Anbaus von gentechnisch verändertem Saatgut; Ausweitung von Anbauflächen für Agro-Kraftstoffe nur in einem vernünftigen Maß auf lokaler Ebene.</p>	<p><u>Infrastruktur:</u> Flächendeckend schnelle und leistungsstarke Internetanschlüsse; Schulen in Wohnortnähe; vorausschauende Politik für regionale Arbeitsplätze; wohnortnahe Krankenhäuser (S.8);</p> <p><u>Tourismus:</u> Ausbau des Binnentourismus</p> <p><u>Landwirtschaft:</u> Bauernhöfe als unverzichtbarer Wirtschaftsfaktor (S.9); faire Preise für landwirtschaftliche Produkte; politische Rahmenbedingungen für Wertschöpfung nahe beim Produzenten setzen; Förderung regionaler Vermarktungswege; keine Behinderung von Direktvermarktung; Benachteiligung der heimischen Landwirtschaft durch EU-weiten Wettbewerb gezielt abstellen (S.9); Ausgleichszahlungen für gepflegte Kulturlandschaft in schwierigen Gebieten notwendig (S.9); bei Grüner Gentechnik berechnete Sorgen ernst nehmen (S.10); bessere Walderschließung, Beratung und Förderung von Selbsthilfeeinrichtungen der Waldbauern (S.10)</p>

Wahlprogramme der Parteien in Bayern 2008

	CSU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke	Freie Wähler
Arbeit und Soziales	<p><u>Arbeitsplätze:</u> „Bayern ist hier Spitze in Deutschland und Europa. Unsere Wirtschaftskraft ist in den letzten zehn Jahren doppelt so stark gewachsen, die Arbeitslosenquote ist nur halb so hoch wie in Deutschland insgesamt. Mit dem höchsten Beschäftigungswachstum, der niedrigsten Arbeitslosigkeit und der besten Lehrstellenbilanz belegt Bayern Platz 1 auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Bayern ist auf dem besten Weg zur Vollbeschäftigung.“ (S.4)</p> <p><u>Soziales:</u> Senioren Sicherheit geben und Teilhabe ermöglichen: Weiterbildung für berufliche Perspektiven ermöglichen, bürgerschaftliches Engagement fördern, Förderung von Koordinations- und Beratungsstellen sowie geeigneten Wohnmodellen (S.14)</p> <p><u>Menschen mit Behinderungen:</u> Anhebung des Anteils barrierefreier Wohnungen beim Neubau; Ausbau von Werkstätten für Behinderte; Modellprojekt zum Übergang Förderschule - Arbeitsmarkt (S. 15).</p>	<p><u>Arbeitsplätze:</u> Zurückdrängen von Leiharbeit und Festlegung von Regelungen zur Verbesserung der sozialen Situation von Zeitarbeitkräften; zeitgemäße Weiterbildung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer; stärkere Beteiligung der Arbeitnehmerschaft am Produktivvermögen; Beseitigung von Niedriglöhnen im staatlichen Bereich; Befristung von Beschäftigungsverhältnissen im öffentlichen Dienst nur als Ausnahme; Rücknahme von Arbeitszeitverlängerungen im öff. Dienst (S.5 f.); Kürzere und flexiblere Arbeitszeiten, Abbau von Überstunden, flexible Altersteilzeitregelungen (S.6); Landesgesetzliche Einführung flächendeckender Mindestlöhne (S.6).</p> <p><u>Soziales:</u> Überprüfung und deutliche Erhöhung der Regelsätze beim Arbeitslosengeld II und beim Sozialgeld insbesondere auch für Kinder und Jugendliche; Gesamtkonzept zur Prävention von (Kinder-) Armut in Bayern (S.8).</p>	<p><u>Arbeitsplätze:</u> Arbeitsmarktpolitik in Verantwortung der Kommunen geben; Deregulierungen insbesondere für den Mittelstand vorantreiben; Grundsatz „Leistung und Gegenleistung“ umsetzen; über aktivierende Sozialpolitik Arbeitnehmer in 1. Arbeitsmarkt führen; Eintrittsbarrieren (z.B. übertriebene Kündigungsschutzvorschriften) abbauen; Weiterbildungsangebote verstärken (S.46); Deregulierung und Modularisierung bei der beruflichen Bildung (S.47); Erfahrungen und Kompetenzen älterer Arbeitnehmer nutzen: fließender Übergang vom Arbeitsleben in die Rente, Arbeitszeitkonten ermöglichen und Hinzuverdienstgrenzen für die Rente und Altersgrenzen flexibilisieren (S.47f.); <u>Riester-Rente:</u> Freibetrag von 100 Euro für Auszahlungen aus privater Vorsorge; bis 800 Euro 40% anrechnungsfrei (S.45); Einführung des <u>Bürgergeldes</u> als Mindesteinkommen; Verwaltung bei den Finanzämtern (S.45 f.)</p>	<p><u>Arbeitsplätze:</u> Bekämpfung von Dumpinglöhnen und Leiharbeit über Tarifverträge und Arbeitnehmer-Entsendegesetz. Ansonsten gesetzlicher Mindestlohn (S.44); Insgesamt familienfreundlichere Ausgestaltung der Arbeitswelt: konsequente Umsetzung von Teilzeitarbeit, flexiblen Arbeitszeiten, Wiedereinstellungsgarantien, betrieblichen Kinderbetreuungsangeboten, Frauenförderplänen (S.44); Förderung der Ausbildungsbereitschaft bayerischer Betriebe (S.44); <u>Soziales:</u> Senioren: Erfahrung und Kompetenzen der Älteren nutzen; angemessene Chancen für Über 50-Jährige im Arbeitsleben; starre Altersgrenzen beim Übergang in den Ruhestand müssen flexibler werden (S.52)</p> <p><u>Menschen mit Behinderungen:</u> gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen mit Behinderung am Leben der Gesellschaft; offene und ambulante Struktur der individuellen Unterstützung und Betreuung; Behinderungsbeauftragte und =></p>	<p><u>Arbeitsplätze:</u> Grundsätze: materielle Absicherung, die vor Armut bei Arbeitslosigkeit und im Alter schützt; aktive Unterstützung Arbeitsloser anstatt Repressionen; Sicherung eines vollwertigen Einkommens statt Prekarisierung von Arbeit; Schaffung von Perspektiven und gesellschaftlich nützlichen Aufgaben; Ausbau von Qualifizierungsangeboten und eine Qualifizierungsoffensive statt Rückgang von Weiterbildungsmaßnahmen; am gesellschaftlichen Bedarf ausgerichtetes, quantitativ ausreichendes und qualitativ zukunftsicherndes Ausbildungsangebot; Erhalt und die Ausweitung von Flächentarifverträgen; Erhalt und Ausweitung öffentlichen Eigentums, um eine gestaltende Wirtschaftspolitik im Interesse des Gemeinwohls zu ermöglichen; paritätische Mitbestimmung in Großunternehmen; Löhne, von denen die Arbeitenden vernünftig leben können; gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro.</p>	<p><u>Arbeitsplätze:</u> „Arbeit muss sich wieder lohnen“ (S.12); Sozialstaat muss bezahlbar bleiben; Ablehnung der Umwandlung von vollwertigen Arbeitsplätzen in Billigjobs; kurzsichtige Sparpolitik, die zu wenig Lehrer einstellt und damit unqualifizierte Schulabgänger zu verantworten hat, als Mitverursacher des Problems (S.12); Deutliche Reduzierung des Verwaltungsaufwands für Unternehmer, um Kostendruck zu senken und Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern (S.13); <u>Soziales:</u> Nicht immer und in aller Konsequenz den Regularien eines freien Marktes unterwerfen – Grundversorgung der Bürger muss sichergestellt sein (S.12); Verstärkt in die Zukunft gerichtete statt konsumierender Sozialausgaben: mehr Lehrer und Sozialpädagogen, fördernde Ganztagsbetreuung, Schulsport, gesunde Ernährung an den Schulen, Besuche bei Firmen (S.12).</p>

Wahlprogramme der Parteien in Bayern 2008

	CSU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke	Freie Wähler
Arbeit und Soziales (Forts.)	<p><u>Gesundheitspolitik:</u> Sicherstellung der flächendeckenden und wohnortnahen ambulanten Versorgung durch niedergelassene Haus- und Fachärzte; wohnortnahe Krankenhäuser; Verstärkung der Gesundheitsvorsorge; gesunde Schulverpflegung (S.14 f.)</p> <p><u>Familienpolitik:</u> (noch) stärkere und bedarfsgerechtere Unterstützung von Familien in der Erziehungsleistung; Anhebung von Kindergeld und Kinderfreibeträgen; Ausweitung des Landeserziehungsgeldes durch Anhebung der Einkommensgrenzen ab 2009; Einführung eines Betreuungsgeldes ab 2013; (S.12);</p> <p>Verlässliches, bedarfsgerechtes Betreuungsangebot für Kinder im Alter von zwei bis 14 Jahren (S.12); Verbesserung der Betreuungsqualität und frühkindlichen Förderung durch zusätzliches Erziehungspersonal und kleinere Gruppen (S.13);</p> <p>Mittelfristig Einführung eines kostenfreien Kindergartenjahres in Zusammenarbeit mit Kommunen und Trägern (S.13)</p>	<p><u>Senioren:</u> Bessere Nutzung der Potenziale älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer; betriebliche Generationenverträge, neue Formen von Altersteilzeitmodellen, altersgerechte Arbeitsplätze, verstärkte Weiterbildungsmaßnahmen (S.37);</p> <p>„Masterplan Seniorenwirtschaft“ zur Förderung altersgerechter Produkte und Dienstleistungen und Erschließung innovativer Beschäftigungsfelder (S.37); Mehr Mitbestimmung und Mitwirkung Älterer in der Politik (S.38);</p> <p>„Lebenszyklisches Bauen“, das beim Wohnen auf die Belange des Alterwerdens Rücksicht nimmt (S.38)</p> <p><u>Gesundheitspolitik:</u> Einführung einer paritätisch finanzierten Bürgerversicherung statt Gesundheitsfonds.(S.7)</p> <p><u>Familienpolitik:</u> (s. auch „Bildung“) Ausbau der Kinderbetreuung zur Verbesserung von Chancengleichheit und Integration, zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zur Armutsbekämpfung (S.32);</p>	<p><u>Menschen mit Behinderungen:</u> Rahmenbedingungen zur Beschäftigung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst verbessern; individuelle Betreuung jobsuchender Behinderter vor Ort; vielfältiger und flächendeckender Sozialmarkt mit Angeboten zu Pflege- und Betreuungsdienstleistungen; Programm für Barrierefreiheit (S.48)</p> <p><u>Gesundheitspolitik:</u> u.a. Erhalt der flächendeckenden fachärztlichen und hausärztlichen wohnortnahen ambulanten Versorgung; Sicherstellung eines professionell organisierten ärztlichen Bereitschafts- und Notarztdienstes; Abschaffung der jährlichen Sonderabgabe für Krankenhäuser; Prozessoptimierung, Standardisierung, Spezialisierung, strikte Kostenkontrolle, Bürokratieabbau und Kooperation in allen Versorgungsstufen bayerischer Krankenhäuser; Abschaffung der dualen Finanzierung; Stopp des Gesundheitsfonds; Beendigung der Budgetierung (S.13 f.)</p>	<p>Behindertenbeiräte auf allen Ebenen stärken; deutlicher Ausbau der Hilfs-, Beratungs- und Unterstützungsangebote für Angehörige, Arbeitsuchende und Firmen zur Erreichung von Barrierefreiheit (S. 57)</p> <p><u>Gesundheit:</u> Flächendeckendes Netz an gesundheitlicher Versorgung erhalten; wohnortnahe, qualitativ hochwertige und flächendeckende Versorgung als Ziel bayerischer Krankenhauspolitik (S. 57);</p> <p>Aufhebung der Budgetierung; Gewährleistung der nötigen Investitionen im Gesundheitssystem durch den Staat (S.57);</p> <p>Ausbau der ambulanten Strukturen und Öffnung der Psychiatrie als ernstes und dringendes Anliegen (S.58)</p> <p><u>Familienpolitik</u> (s.auch „Bildung“) <i>(kein eigenes Kapitel)</i></p> <p>Soziales Netz verstärken und Hilfen zum Ausgleich von Armutsfolgen und insbesondere zum Ausstieg aus Armutsfallen bereitstellen; den Bayerischen Sozialbericht kontinuierlich fortzuschreiben; allen Bayern auch im Alter ein =></p>	<p><u>Behinderte:</u> Leistungsgesetz für die Teilhabe behinderter Menschen, in dem die finanzielle Förderung dieser Maßnahmen einkommens- und vermögensunabhängig geregelt ist; Beseitigung von Barrieren und Ausgleich behinderungsbedingter Nachteile; Bildung von Behindertenbeiräten, mindestens Beauftragte für Menschen mit Behinderungen</p> <p><u>Gesundheitspolitik:</u> Privatisierung von Gesundheitseinrichtungen stoppen bzw. schnellstmöglich rückgängig machen; keine Mehrklassenmedizin - gute Gesundheitsversorgung für alle; flächendeckendes, leistungsfähiges Gesundheitswesen auch in ländlichen Regionen; Abschaffung von Zuzahlungen - bis zur Umsetzung Gewährung von Vorzuschüssen durch die Sozialämter an hilfebedürftige Menschen zur Finanzierung von Brillen, Zahnersatz, medizinischen Hilfsmitteln, Medikamentenzuzahlungen sowie der Praxisgebühr; kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln.</p>	<p><u>Sozialsysteme:</u> Globalisierung zwingt dazu, Standards fallen zu lassen: „Manches wird nicht zu halten sein, vieles sollte aber nicht vor schnell aufgegeben werden“ (S.13)</p> <p><u>Senioren:</u> bessere Honorierung der Pflege eines Familienangehörigen zu Hause(S.24); Aufbau von Betreuungsnetzwerken für Senioren (S.24)</p> <p><u>Gesundheitspolitik:</u> Wohnortnahe Krankenhäuser müssen ebenso erhalten werden wie der Hausarzt und der niedergelassene Facharzt des Vertrauens; Rahmenbedingungen in der Gesundheitspolitik müssen so umgestellt werden, dass die Geldströme wieder dort ankommen, wo Leistung erbracht wird; zunehmende Dokumentationspflichten und Budgetierungen zwingen immer mehr Ärzte zur Aufgabe der Praxis; den Kommunen muss es wieder leichter gemacht werden, ihre Krankenhäuser zu erhalten. (S.8)</p>

Wahlprogramme der Parteien in Bayern 2008

	CSU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke	Freie Wähler
Arbeit und Soziales (Forts.)	<p>Stärkung der Erziehungsberatung durch frühzeitige Hebammenbesuche, Kindertageseinrichtungen und Familienzentren (S.13); Modellprojekt „Guter Start ins Kinderleben“ mit Ziel, Schutz von Kindern vor Misshandlung, Missbrauch und Vernachlässigung. (S.13)</p>	<p>Bis 2013 Versorgungsgrad von 35% bei der Kinderbetreuung; Stärkung der Qualität in den Einrichtungen und in der Tagespflege, mehr und besser ausgebildetes Personal, kleinere Gruppen, bessere finanzielle Ausstattung (S.32 f.); Sofortige Schaffung eines Rechtsanspruches auf ganztägigen Betreuungsplatz ab dem ersten Geburtstag; Angebot an bezahlbarem familienfreundlichem Wohnraum in Bayern stärken; Gebührenfreiheit für das letzte Kindergartenjahr, schrittweise Gebührenfreiheit für 1. und 2. Kindergartenjahr verwirklichen; Sorge für Bezahlbarkeit des Mittagessens in Ganztagschule und Kindertagesstätten; Lernmittelfreiheit (S.33); Maßnahmenpaket und Sofortprogramm gegen Kinderarmut und Familienarmut, gezieltes soziales Frühwarnsystem, Ausbau der Betreuungs- und Beratungsangebote.(S.35)</p>	<p><u>Familienpolitik:</u> (s. auch „Bildung“) u.a. Kinderbetreuung verbessern und ausbauen; wohnortnahen bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuung; landesweit verbindliche Qualitätsstandards und Zertifizierung für alle Bildungs- und Betreuungseinrichtungen; Ausbau von Betriebskindergärten; bessere Verknüpfung von Kindergarten und Grundschule; „Betreuungsgeld“ stoppen; Gutscheine-Modelle für Betreuung und Bildung (S.38); Kinderschutz: u.a. bessere Vernetzung aller am Aufwachen eines Kindes Beteiligten; bessere Ausstattung und Festschreibung verbindlicher Standards für Jugendämter (S.38); Förderung von Kindern und Jugendlichen: Beteiligung z.B. durch Schülerverwaltung und Jugendparlament; freiwilliges politisches Jahr; Einrichtung einer Kinderkommission; Medienkompetenz stärken, kulturelle Bildung fördern. (S. 39)</p>	<p>menschenwürdiges Leben sichern; flächendeckend ganztägige Kinderbetreuungsangebote (von Krippen bis Ganztagschulen) bereitstellen; den gesetzlichen Anspruch auf Kinderbetreuung ab dem ersten Lebensjahr umsetzen; Familien- und Sozialberatung stärken, mehr in Kinderbetreuung investieren, so dass alle Kinder, unabhängig vom Einkommen der Eltern, individuell gefördert werden können; dafür sorgen, dass alle Kinder unabhängig vom Einkommen der Eltern in der Schule ein gesundes Mittagessen bekommen können, nach Möglichkeit mit saisonalen Produkten aus der Region; den Anspruch auf „ganztägige“ Kinderbetreuung ab dem ersten Lebensjahr umsetzen; die Regelsätze an die alters- und entwicklungs-spezifischen Bedarfe von Kindern anpasst werden; perspektivisch die Familien- und Eheförderung neu ordnen und damit einhergehend eine existenzsichernde Kindergrundsicherung einführen. (S.43)</p>	<p><u>Familienpolitik:</u> (s.auch Bildung) (<i>kein eigenes Kapitel</i>) <i>Dazu:</i> Überall integrative gebührenfreie Tageseinrichtungen mit dem dafür erforderlichen Personal schaffen; in einem ersten Schritt soll für das letzte Jahr vor der Schule ein Rechtsanspruch auf kostenfreien Zugang geschaffen werden; sofortige Erhöhung des Grundbetreuungsschlüssels (ein/e ErzieherIn für max. zehn Kinder), mittelfristig auf 1:8; gesonderte Berücksichtigung von Kindern unter drei Jahren; angemessene Erhöhung des Schlüssels für Kinder mit Migrationshintergrund sowie für Kinder aus schwierigen sozialen Lagen; flächendeckendes Angebot nicht religiös gebundener Kindertagesstätten; interkulturelle Erziehung als Ziel; Abschaffung des derzeitigen, auf Personaleinsparung ausgerichteten Systems der Buchungszeiten zugunsten eines pädagogisch sinnvollen Gesamtbildungskonzeptes; gesunde und kostenfreie Mahlzeiten für die Kinder in allen Einrichtungen.</p>	<p><u>Familienpolitik:</u> (s. auch „Bildung“) Der Familie eine Chance geben, ohne andererseits das Leben in der Familie als staatliche Zielvorgabe zu verordnen (S.23); Kinderbetreuungseinrichtungen und Schule „so gut wie kostenfrei“ anbieten, Kostenfreiheit des letzten Kindergartenjahres. (S.23)</p>